

Man könnte so viel wuppen

Turbulentes Jahr: Beate Müller-Gemmeke Jahres-Rückblick auf die Bundespolitik

Von Freiheit, Tarifen und Renten: Beate Müller-Gemmeke, die als Bundestagsabgeordnete der Grünen dem Ausschuss für Arbeit und Soziales angehört, blickt im TAGBLATT-Gespräch auf das politische Jahr 2014 zurück.

Dann haben wir noch zweieinhalb träge und langweilige Jahre vor uns.

Reutlingen. "Das war ein heftiges Jahr", sagt die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Drei große Themen hätten das Jahr im Arbeits- und Sozialausschuss geprägt: Rentenpaket, Mindestlohn und Tarifeinheit. Für das Thema Tarifeinheit ist Müller-Gemmeke in ihrer Fraktion zuständig. "Ich bin ganz strikt - aber richtig strikt! - dagegen", sagt sie. Am Donnerstag wurde die erste offizielle Version des Gesetzesentwurfs vorgelegt. "Im Bundestag wurde nie wirklich über das Thema diskutiert", kritisiert Müller-Gemmeke. Deshalb habe sie im Herbst einen Antrag eingebracht.

Dabei schwele das Tarifeinheitsgesetz bereits seit 2010. Ebenso lange beschäftigt sich Müller-Gemmeke mit dem Thema. Allein die Androhung des Gesetzes habe wohl Wirkung gezeigt und würde dazu führen, dass sich die Konflikte verstärken: "Ich kann mir vorstellen, dass sich die Gewerkschaft der Lokführer anders verhalten würde, wenn sie das Gesetz nicht im Nacken hätte."

Das Gesetz selbst, würde es dem Entwurf entsprechend verabschiedet, sieht die Bundestagsabgeordnete als Eingriff in die Verfassung, insbesondere in die Koalitionsfreiheit. Denn nur der Tarifvertrag jener Gewerkschaft mit der höchsten Mitgliederzahl im Betrieb erlangt Gültigkeit. "Das bedeutet nichts anderes, als dass die Kleinen von den Großen abhängig werden", sagt Müller-Gemmeke, "langfristig sind sie weg vom Fenster."

Die Koalitionsfreiheit beinhaltet nicht nur, dass sich Arbeitnehmer frei organisieren können, sondern auch die freie Wahl, wie sie sich organisieren und von welcher Gewerkschaft sie sich vertreten lassen wollen. "Da steckt auch ein Stück Minderheitenschutz drin", sagt die Grünen-Abgeordnete.

Darüber hinaus sei das Gesetz "ein klarer Angriff auf das Streikrecht". Im ersten Satz des Entwurfs heißt es zwar, das Streikrecht werde nicht angetastet. Doch nach dem Tarifeinheitsgesetz könnte ein Arbeitsgericht den Streik einer kleinen Gewerkschaft dennoch untersagen mit der Begründung: Der Tarifvertrag dieser Gewerkschaft hat keine Gültigkeit, somit geht es nicht um ein tariflich regelbares Problem. Dieses wiederum ist Voraussetzung für einen Streik. "Das ist schon ein starkes Stück von der Großen Koalition", sagt die Oppositions-Politikerin.

Aber ist es vertretbar, wenn kleine Gewerkschaften die ganze Republik lahmlegen, wie etwa beim Streik von Lokführern oder von Piloten? Man spüre dann zwar deutlich, wenn gestreikt wird. Doch es komme nicht besonders oft vor, dass Arbeitnehmer ihre Arbeit niederlegen, argumentiert Müller-Gemmeke. Ohnehin seien Streiks nur während der Tarifverhandlungen erlaubt und dauern dann auch nur wenige Tage, so die Abgeordnete. Deutschland habe im europäischen Vergleich wenige Streiktage.

Alle kleinen Gewerkschaften kämen im Laufe von vier Jahren auf nicht einmal 30 Arbeitskämpfe. Verdi liegt bei rund 600 und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) bei gut 100. Die Grünen-Abgeordnete gibt zudem zu bedenken: Mit der Privatisierung der Bahn habe der Staat den Wettbewerb reingelassen und damit folglich auch Streiks. "Er hatte auch die Möglichkeit, das nicht aus der Hand zu geben", sagt Müller-Gemmeke.

Am Donnerstag sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier, der Koalitionsvertrag sei bereits zu 80 Prozent erfüllt. "Dann haben wir noch zweieinhalb träge und langweilige Jahre vor uns", prophezeit Müller-Gemmeke. "Dabei könnte man als Große Koalition doch so viel wuppen". Sie sehe zwar, dass die Regierung Reformen auf den Weg bringt, zugleich aber würden diese ausgehöhlt - zum Beispiel beim durch Ausnahmen und Übergangsregelungen aufgeweichten Gesetz über den Mindestlohn.

Und was würde die Bundestagsabgeordnete gern wuppen? Vor allem die Renten - das sei auch emotional für sie ein großes Thema. Der "größte Fehler" sei gewesen, die Renten aus der Rentenkasse zu zahlen, statt sie aus Steuern zu finanzieren. So würde das Rentensystem sukzessive destabilisiert. 2018, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind, werde das System "richtig ins Wanken kommen", ist Müller-Gemmeke überzeugt. Ein Gesamtkonzept mit einer langfristigen Lösung müsse anders aussehen.

Madeleine Wegner